

Heißer Topf

Mit einem neuen Gesetz wollen die Schatzmeister von Opposition und Koalition die Industrie zu reichlichen Spenden verlocken und zugleich illegale Spendenpraktiken nachträglich für Rechtens erklären.

Um nicht vorzeitig schlafende Wähler zu wecken, haben vier ehrenwerte Bonner Kassierer einen anrühigen Plan ausgeheckt. Bei ebenso diskreten wie regelmäßigen Zusammenkünften in Parteizentralen und Fraktionsstuben des Bundeshauses arbeitet das konspirative Quartett — die Schatzmeister Walther Leisler Kiep (CDU), Karl-Heinz Spilker (CSU), Heinz Herbert Karry (FDP) und Friedrich Halstenberg (SPD) — an einem Gesetzentwurf, mit dem die Spendenfreude der Bundesbürger zu einträglichem Nutz und Frommen der Bonner Parteien gefördert werden soll.

Immer kostspieligere Wahlkämpfe und stetig wachsende Funktionärskader haben Opposition wie Koalition in gemeinsame Not gebracht. Längst reichen weder Mitgliedsbeiträge noch die Zuwendungen aus dem Staatssäckel von 3,50 Mark für jeden Wahlberechtigten aus, die teuren Parteigeschäfte zu decken.

Die Geldverwalter sind immer mehr auf die Mildtätigkeit von Firmen, Banken und Verbänden angewiesen. Doch die Spenden fließen keineswegs so reichlich wie gewünscht. Zum einen erkennen die Finanzämter lediglich Bagatell-Summen (bis 600 Mark) als abzugsfähig an, zum anderen haben Korruption und Steuerbetrügereien die Liebesgaben in Verruf gebracht.

Beides möchte die Allparteien-Koalition der Kassierer nun ändern. Nach ihrem Plan sollen

- ▷ Spenden, die gezielt an Parteien gegeben werden, bis zu einem Höchstbetrag von 5000 statt bisher 600 Mark abzusetzen sein und
- ▷ Spenden, die an einen neu einzurichtenden Gemeinschaftsfonds gehen, in großem Umfang als Sonderausgaben abzugsfähig werden.

Etwa die Hälfte der in diesen Fonds gezahlten Mittel würde zu gleichen Teilen den vier Bundestagsparteien zugute kommen. Der Rest der Gelder soll entsprechend den Wähleranteilen ausgeschüttet werden.

SPD-Fraktionschef Herbert Wehner sträubte sich zwar lange, bei dem Coup mitzumachen. In einer vertraulichen Sitzung mit dem Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, und dem emeritierten SPD-Schatzmeister Alfred Nau am Mittwoch letzter Woche aber gab auch er

schließlich zu erkennen, daß er sich den Finanzzwängen nicht länger verschließen wolle.

Noch freilich scheuen sich die Geldmänner, ihr Konzept der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Denn vorzeitige Indiskretion, so fürchten sie, könnte das Reformvorhaben im letzten Moment stoppen.

Die Angst ist begründet: Im Bundestag, namentlich unter linken SPD-Abgeordneten, gibt es schon jetzt eine starke Fronde gegen jegliche Absicht von Parteien und Politikern, sich weiter die Taschen zu füllen.

Die Volksvertreter fürchten den Unmut der Bürger über ein Parlament, das im vergangenen Jahr gleichzeitig an den Renten kürzte und die Diäten erhöhte.

Die Schatzmeister indes ficht das wenig an. Über politisch-moralische Be-



Bundestagspräsident Carstens
Absolution für Parteien und Spender?

denken hilft ihnen die Überzeugung hinweg, daß zahlreiche Gönner bereit wären, den für sie steuerlich attraktiven Bonner Parteientopf auch dann zu füllen, wenn sie im Gegenzug nicht auf Unterstützung einer Partei bei Gesetzen oder Verordnungen zählen können.

Vor allem mitbestimmte Unternehmen, in denen schon jetzt auf Parität zumindest bei Parteispenden geachtet werde, so kalkulieren die Kassierer, würden gern in den Gemeinschaftsfonds einzahlen. Und auch andere Firmen würden — der ewigen Bettelgesuche christlicher, liberaler oder sozialdemokratischer Schatzmeister überdrüssig — dann schon lieber ausgewogen an alle Bundestagsparteien spenden.

Der feine Geheimplan hat indes noch einen anderen Haken: Er verstößt

offenkundig gegen das Verfassungsgebot der Chancengleichheit. Das Fondsmodell begünstigt eindeutig die im Bundestag vertretenen Parteien; kleine Parteien, die den Sprung ins Parlament nicht schaffen, haben das Nachsehen.

Noch brisanter ist eine beim ersten Lesen eher harmlos erscheinende Formel im Paragraphen 9 des Vorentwurfes. Danach sollen bisher gewährte Spenden allesamt Ausgaben für „staatspolitische Aufgaben“ der Parteien „im Sinne dieses Gesetzes“ sein.

Fände sich für diesen Passus im Parlament eine Mehrheit, dann würden im nachhinein alle bis heute noch illegalen Spendenpraktiken rückwirkend für Rechtens erklärt.

Hauptnutznießer wäre die CDU. Denn ist der Gesetzentwurf einmal verabschiedet, müßten Ermittlungsverfahren gegen weit mehr als hundert Firmen eingestellt werden, die Staatsanwälte wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung überall in der Republik gegen Geldgeber vornehmlich der Union betreiben (SPIEGEL 8/1978).

Renommierete deutsche Betriebe hatten den Unionschristen diskret Geld zukommen lassen, getarnt als Honorar für meist wertlose Gutachten und Beratungen, gezahlt an Scheinfirmen und dann als Betriebsausgaben von der Steuer abgesetzt.

Daß an dem Spenden-Unternehmen etwas faul ist, blieb anderswo denn auch nicht verborgen. Als die vier Spendensammler beim Präsidenten des Bundesrechnungshofes höflich nachfragten, ob sie ihm den geplanten Gemeinschaftsfonds zu treuer Verwaltung anvertrauen dürften, lehnte dieser ab. Und Bundespräsident Walter Scheel, als ehemaliger Landesschatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen mit den Tricks der Branche vertraut, ließ die Bittsteller abblitzen, als sie ihm antrugen, das Sammelkonto direkt beim Staatsoberhaupt einzurichten.

Nun wollen die vier ihr Glück beim Bundestagspräsidenten versuchen. Christdemokrat Karl Carstens scheint, obwohl auch ihn schwere verfassungsrechtliche Bedenken plagten, bereit, den heißen Spendentopf zu übernehmen.

Glücklich darüber wären vor allem zwei aus dem Quartett, die am nachdrücklichsten auf die Fondslösung gedrängt haben.

Mehr noch als ihren Kollegen müßte nämlich den Schatzmeistern Walther Leisler Kiep und Heinz Herbert Karry peinlich sein, sollte sich eines nahen Tages die Staatsanwaltschaft auch für sie und ihre Mitarbeiter interessieren, etwa wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung — unangenehme Aussichten für Leute, die wie Karry in Hessen Wirtschaftsminister und wie Kiep in Niedersachsen Finanzminister sind.